

Stellungnahme von Judith & Reiner Bernstein vom 25.10.2009:

Da wir von allen Seiten wegen der Entscheidung der Stadt München, kommunale Räumlichkeiten für ein Seminar mit dem israelischen Historiker Ilan Pappé zu sperren, mit Nachfragen „bombardiert“ werden, haben wir die folgende Stellungnahme gegenüber Freunden abgegeben:

Wir sind nicht glücklich über das Verbot der Stadt. Pappés Buch ist zweifellos eine wichtige Veröffentlichung zur Entstehungs- und Frühgeschichte Israels, auch wenn man bekanntermaßen vor allem methodologische Bedenken äußern kann. Was für uns viel wichtiger war, ist die geradezu euphorische Begeisterung hier in Deutschland für das Buch, was mit Ilan Pappé selbst nur bedingt etwas zu tun hat. Obwohl wir den Autor persönlich sehr schätzen, scheint er sich darüber entweder nicht im Klaren zu sein oder – was wir noch mehr vermuten, weil wir diese Reaktion von anderen israelischen "Linken" kennen – sie ihm angesichts der politischen Lage vor Ort egal ist. In dem Beitrag in „Freitag“ am 24.10.2009 wird irrtümlicherweise erwähnt, dass der Veranstalter die Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe München ist (aus der nach 25 Jahren alle jüdischen Mitglieder außer mir, Judith Bernstein, ausgetreten sind). Die Gruppe „Salam-Shalom“ führt zwar auch den Namen „Arbeitskreis Palästina-Israel“, aber es wäre viel ehrlicher, sich dazu zu bekennen, dass es ihnen um "Palästina" geht – was auch völlig nachvollziehbar wäre. Aber damit stünde sofort und unweigerlich die Frage nach der Legitimität Israels auf der Tagesordnung.

Das Argument der Deutsch-Israelischen Gesellschaft München mit Michael Wolffsohn ist geradezu lächerlich [ihm als Korrektiv zu Pappé einzuladen]. Wenn wir aus Frankfurt hören, dass Sari Nusseibeh von einer mit Salomon Korn verbundenen Stiftung für seinen Aufruf zum gewaltlosen Widerstand gegen die israelische Besatzung geehrt werden soll, dann sind die Münchner weit von einem solchen allmählichen Umdenken entfernt.

Wir kennen die städtische Begründung nur aus der Presse, und sie macht uns stutzig. Denn darin ist von Sicherheitsbedenken die Rede und dass es keine politisch-inhaltliche Entscheidung gegen die Vermietung der Räumlichkeiten gebe. Wenn das die offizielle Sprachregelung ist, dann wird wieder einmal einer politischen Diskussion mit Hilfe eines administrativen Akts ausgewichen. Hintergrund des kommunalen Eiertanzes dürfte sein, dass den Verantwortlichen in der Stadt zum Thema "Israel" politisch mulmig zumute ist.

Wir, die seit Jahrzehnten versuchen, zu beiden Seiten den Kontakt aufrecht zu halten und die Friedenskräfte auf allen Seiten zu unterstützen, müssen einsehen, dass wir nichts mehr unter den Bedingungen der politischen Radikalisierung in der Teilen der öffentlichen Meinung zu melden haben – dies haben auch unsere Politiker zu verantworten, die durch ihre einseitige Unterstützung der israelischen Politik, eine tiefe Kluft zwischen ihnen und der Bevölkerung geschaffen haben. Sehr traurig!

Judith & Reiner Bernstein